



Nr. 1206

TU Verteiler 3

Aushang

*Herausgegeben von der
Präsidentin der
Technische Universität
Braunschweig*

*Redaktion:
Geschäftsbereich 1
Universitätsplatz 2
38106 Braunschweig
Tel. +49 (0) 531 391-4306
Fax +49 (0) 531 391-4340*

Datum: 01.03.2018

**Geschäftsordnung des Fakultätsrats der Carl-Friedrich-Gauß-Fakultät an
der Technischen Universität Braunschweig**

Hiermit wird die vom Fakultätsrat der Carl-Friedrich-Gauß-Fakultät in seiner Sitzung am 02.08.2017 beschlossene sowie von der Präsidentin am 16.02.2018 genehmigte Geschäftsordnung des Fakultätsrats der Carl-Friedrich-Gauß-Fakultät an der Technischen Universität Braunschweig hochschulöffentlich bekannt gemacht.

Die Ordnung tritt am Tag nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung am 02.03.2018 in Kraft.

**Geschäftsordnung
des Fakultätsrats
der Carl-Friedrich-Gauß-Fakultät
der Technischen Universität Braunschweig**

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Einberufung des Fakultätsrates	2
§ 2	Tagesordnung	2
§ 3	Öffentlichkeit der Sitzungen	2
§ 4	Beschlussfähigkeit	3
§ 5	Teilnahme der Stellvertreter an den Sitzungen	3
§ 6	Teilnahme von Mitgliedern mit beratender Stimme und von Beraterinnen oder Beratern an Sitzungen	3
§ 7	Ordnung in den Sitzungen	4
§ 8	Abstimmungen	4
§ 9	Beschlüsse	5
§ 10	Kommissionen und Ausschüsse	5
§ 11	Niederschrift	6
§ 12	Vertraulichkeit	6
§ 13	Änderungen der Geschäftsordnung	6
§ 14	Inkrafttreten der Geschäftsordnung	7

§ 1 Einberufung des Fakultätsrates

- (1) Der Fakultätsrat ist einzuberufen, sooft die Geschäftslage es erfordert, jedoch während der Vorlesungszeit etwa einmal monatlich.
- (2) Der Fakultätsrat ist unter Wahrung der Ladungsfrist (§ 1 Abs. 4) unverzüglich einzuberufen, wenn in der Vorlesungszeit mindestens 6 Mitglieder, in der vorlesungsfreien Zeit mindestens 8 Mitglieder dieses schriftlich unter Angabe eines Beratungsgegenstandes verlangen.
- (3) Der Fakultätsrat ist nach Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses von Fakultätsratswahlen binnen eines Monats nach Ablauf der Amtszeit der ausscheidenden Fakultätsratsmitglieder einzuberufen.
- (4) Die Dekanin oder der Dekan lädt spätestens 6 Tage vor der Sitzung die Mitglieder des Fakultätsrates durch Mitteilung der Tagesordnung (§ 2) zur Sitzung ein.

§ 2 Tagesordnung

- (1) Die Dekanin oder der Dekan stellt die Tagesordnung auf. Vorschläge zur Tagesordnung müssen der Dekanin oder dem Dekan schriftlich, erforderlichenfalls mit Unterlagen, spätestens einen Tag vor der Versendung der Einladung bis 12 Uhr vorliegen. Jede termingerechte Anmeldung eines Mitgliedes des Fakultätsrates zur Tagesordnung ist aufzunehmen. Wichtige Unterlagen zu einzelnen Tagesordnungspunkten sind den Mitgliedern des Fakultätsrates mit der Einladung zuzuleiten. Die weiteren Unterlagen sind während der Geschäftszeit im Dekanat bis zum Sitzungstag 12 Uhr einzusehen.
- (2) Die Tagesordnungspunkte müssen den jeweiligen Sachverhalt eindeutig erkennen lassen, soweit die Vertraulichkeit dem nicht entgegensteht.
- (3) Änderungen und Ergänzungen der Tagesordnung sind zu Beginn der Sitzung mit Zustimmung des Fakultätsrates möglich.
- (4) Die Tagesordnung wird zu Beginn der Sitzung durch Beschluss des Fakultätsrates festgestellt.
- (5) Die Tagesordnung wird der Dekanin oder von dem Dekan in einen hochschulöffentlichen und einen nichtöffentlichen Teil eingeteilt. Diese Einteilung bedarf der Zustimmung des Fakultätsrates bei Feststellung der Tagesordnung, soweit nicht gesetzlich die nichtöffentliche Behandlung bestimmter Tagesordnungspunkte zwingend vorgeschrieben ist (vgl. § 3 Abs. 3 dieser Geschäftsordnung).

§ 3 Öffentlichkeit der Sitzungen

- (1) Der Fakultätsrat tagt grundsätzlich in hochschulöffentlicher Sitzung.
- (2) Auf Antrag kann durch Beschluss die Hochschulöffentlichkeit für die gesamte Dauer oder für einen Teil der Sitzung ausgeschlossen werden. Über den Antrag wird in nichtöffentlicher Sitzung beraten und entschieden.

(3) Personal- einschließlich Berufsangelegenheiten und Prüfungssachen sowie solche Haushaltsangelegenheiten und Wirtschaftsangelegenheiten, durch deren öffentliche Beratung Nachteile für die Hochschule entstehen können, sind stets in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln.

(4) Wird der Gang der Beratungen des Fakultätsrates durch die Hochschulöffentlichkeit gestört, so kann die Dekanin oder der Dekan die Hochschulöffentlichkeit ausschließen.

§ 4 Beschlussfähigkeit

(1) Der Fakultätsrat ist beschlussfähig, wenn nach ordnungsgemäßer Einladung die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. Die Dekanin oder der Dekan stellt zu Beginn der Sitzung die Beschlussfähigkeit fest.

(2) Der Fakultätsrat gilt, auch wenn sich die Zahl der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder im Laufe der Sitzung verringert, als beschlussfähig, solange nicht ein Mitglied Beschlussunfähigkeit geltend macht; dieses Mitglied zählt bei der Feststellung, ob das Gremium noch beschlussfähig ist, zu den anwesenden Mitgliedern.

(3) Stellt die Dekanin oder der Dekan zu Beginn der Sitzung die Beschlussunfähigkeit des Fakultätsrates fest, beruft sie oder er unter Wahrung der Fristen erneut zu einer Sitzung ein. In dieser Sitzung ist der Fakultätsrat ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig; hierauf ist bei der Einladung hinzuweisen.

§ 5 Teilnahme der Stellvertreter an den Sitzungen

(1) Das stimmberechtigte Mitglied des Fakultätsrates, das verhindert ist, an einer bestimmten Sitzung teilzunehmen, hat dies der Dekanin oder dem Dekan unverzüglich, spätestens bis zum Beginn der Sitzung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

(2) Die Stellvertreterinnen oder Stellvertreter nehmen in der vom Wahlausschuss in dem endgültigen Wahlergebnis festgestellten Reihenfolge nach schriftlicher oder mündlicher Einladung durch die Dekanin oder den Dekan an den Sitzungen des Fakultätsrates teil (Nachrückverfahren gem. Wahlordnung der TU Braunschweig).

(3) Stellvertreter der Fakultätsratsmitglieder haben grundsätzlich nur dann das Recht, an nichtöffentlichen Sitzungen teilzunehmen, wenn sie als Vertreterin oder Vertreter eines Mitglieds des Fakultätsrats eingeladen sind.

§ 6 Teilnahme von Mitgliedern mit beratender Stimme und von Beraterinnen oder Beratern an Sitzungen

(1) Die Dekanin oder der Dekan kann zu einzelnen Tagesordnungspunkten Beraterinnen oder Berater einladen. Jedes Mitglied des Fakultätsrates kann bei der Dekanin oder beim Dekan die Einladung von Beraterinnen oder Beratern zu einzelnen Tagesordnungspunkten beantragen. Entspricht die Dekanin oder der Dekan diesem Antrag nicht, so entscheidet der Fakultätsrat durch Beschluss.

(2) Ein Mitglied der Fakultät, dessen Vorschlag zur Tagesordnung behandelt wird, ist in der Regel als Beraterin oder als Berater einzuladen, sofern es nicht schon Mitglied des Fakultätsrates ist. Als Beraterin oder Berater können auch andere Mitglieder der Universität eingeladen werden, sofern ein Tagesordnungspunkt ihre Anwesenheit erforderlich macht oder sinnvoll erscheinen lässt.

(3) Beraterinnen oder Berater haben weder Antrags- noch Stimmrecht.

§ 7 Ordnung in den Sitzungen

(1) Die Dekanin oder der Dekan ist Vorsitzender des Fakultätsrates. Sie oder er leitet die Verhandlungen, eröffnet und schließt die Sitzungen. Im Verhinderungsfalle der Dekanin oder des Dekans übernimmt ihre Vertreterin oder sein Vertreter im Amt nach § 12 Abs. 3 der Grundordnung der TU Braunschweig den Vorsitz mit allen Rechten und Pflichten der Dekanin oder des Dekans.

(2) Die Dekanin oder der Dekan erteilt das Wort in der Reihenfolge der Wortmeldungen. Liegen zu einem Tagesordnungspunkt zahlreiche Wortmeldungen vor, so kann die Dekanin oder der Dekan eine Beschränkung der Redezeiten vorsehen. Erhebt sich gegen diese Regelung Widerspruch, so entscheidet der Fakultätsrat über die Redezeitbeschränkung durch Beschluss.

(3) Wortmeldungen "Zur Geschäftsordnung" sind vorrangig zu behandeln; hierzu ist nur eine Gegenrede zulässig.

(4) Die Dekanin oder der Dekan kann einem Mitglied bei anhaltend unsachlichen oder beleidigenden Äußerungen das Wort entziehen. Erhebt ein drittes Fakultätsratsmitglied Widerspruch, so entscheidet der Fakultätsrat.

(5) Die Dekanin oder der Dekan kann jederzeit das Wort ergreifen.

(6) Einer Berichterstatterin oder einem Berichterstatter oder einer Beraterin oder einem Berater kann zur Klarstellung des Sachverhalts auch außerhalb der Reihe das Wort erteilt werden.

(7) Jedes Mitglied des Fakultätsrates kann nach Absatz 3 jederzeit den Schluss der Debatte beantragen. Wird dem Antrag auf Schluss der Debatte stattgegeben, so gilt der betreffende Tagesordnungspunkt als erledigt, falls kein Antrag dazu vorliegt; liegt ein Antrag vor, so erfolgt die Abstimmung über den Antrag nach nochmaligem Anhören der Antragstellerin oder des Antragstellers und einer Gegenrede.

§ 8 Abstimmungen

(1) Bei Abstimmungen haben alle stimmberechtigten Mitglieder grundsätzlich das gleiche Stimmrecht.

(2) In Berufsangelegenheiten und in Angelegenheiten, die die Bewertung der Lehre betreffen, haben Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter im technischen und Verwaltungsdienst kein Stimmrecht.

(3) Bei Entscheidungen in Angelegenheiten, die die Bewertung der Lehre betreffen, werden die Stimmen der Mitglieder der Studierendengruppe doppelt gezählt.

(4) Die Dekanin oder der Dekan stellt in den Fällen der Absätze 2 und 3 vor der Abstimmung die Stimmberechtigung der anwesenden Mitglieder fest und entscheidet im Streitfalle.

(5) Vor jeder Abstimmung sind der Antrag und die Fragestellung für die Abstimmung zu formulieren. Liegen mehrere Anträge zu einem Punkt vor, so wird über den weitestgehenden zuerst abgestimmt.

(6) Es wird grundsätzlich offen abgestimmt. Auf Verlangen eines stimmberechtigten Mitglieds des Fakultätsrates ist geheim abzustimmen.

(7) Entscheidungen in Personalangelegenheiten werden in geheimer Abstimmung getroffen.

§ 9 Beschlüsse

(1) Beschlüsse werden, soweit andere Bestimmungen dem nicht entgegenstehen, mit der Mehrheit der auf Ja oder Nein lautenden Stimmen gefasst. Bei Stimmengleichheit ist ein Antrag abgelehnt. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimme. Ein Beschluss kommt nicht zustande, wenn mehr als die Hälfte der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder ungültige Stimmen abgegeben oder sich enthalten hat. Die Vorschriften der Ehrungsordnung bleiben unberührt.

(2) In Angelegenheiten, die den Bereich der Forschung oder ein Berufungsverfahren unmittelbar betreffen, bedürfen Beschlüsse neben der Mehrheit des Fakultätsrats auch der Mehrheit der dem Fakultätsrat angehörenden Mitglieder der Hochschullehrergruppe. Kommt in den Fällen des Satzes 1 ein Beschluss auch im zweiten Abstimmungsgang nicht zustande, so entscheiden die dem Gremium oder Organ angehörenden Mitglieder der Hochschullehrergruppe abschließend.

(3) Abstimmungsergebnisse werden in die Niederschrift (§ 11) aufgenommen. Jedes stimmberechtigte Mitglied kann verlangen, dass in der Niederschrift festgehalten wird, wie es gestimmt hat; dies gilt nicht bei geheimer Stimmabgabe.

(4) Beschlüsse können im Ausnahmefall auch im Umlaufverfahren gefasst werden. Sie kommen nur zustande, wenn dreiviertel der Mitglieder des Fakultätsrates binnen einer vom Dekan gesetzten Frist mitteilen, ob sie dem Beschluss zustimmen, ihn ablehnen oder sich enthalten. Bei ablehnender Stimme ist anzugeben, ob Aussprachebedarf besteht, ja oder nein. Sofern ein Mitglied der Beschlussfassung im Umlaufverfahren nicht zustimmt, ist der Tagesordnungspunkt für die folgende Sitzung aufzunehmen.

§ 10 Kommissionen und Ausschüsse

(1) Der Fakultätsrat kann Kommissionen und Ausschüsse bilden, die in der Regel in dem Verhältnis 4:1:1:1 aus Vertreterinnen oder Vertretern der Hochschullehrergruppe, der Mitarbeitergruppe, der Studierendengruppe und der Gruppe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Technik und Verwaltung zusammengesetzt sein sollen. Berufungskommissionen werden gemäß § 29 Abs.4 der Grundordnung zusammengesetzt. Die Vertreterinnen oder Vertreter der einzelnen Gruppen in den Kommissionen und Ausschüssen werden von den Vertreterinnen oder Vertretern der betreffenden Statusgruppen im Fakultätsrat gewählt.

(2) Die Kommissionen und Ausschüsse beschließen über Vorschläge, die dem Fakultätsrat zur

Behandlung und gegebenenfalls zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Den Kommissionen und Ausschüssen können widerrufliche Entscheidungsbefugnisse übertragen werden. Die Übertragung ist zu befristen.

(3) Das Wahlverfahren und Besetzungen zu den Kommissionen und Ausschüssen wird nach den Grundsätzen des § 16 NHG vorgenommen.

§ 11 Niederschrift

(1) Über Ergebnisse und Beschlüsse der Sitzung führt eine Beauftragte oder ein Beauftragter der Vorsitzenden oder des Vorsitzenden Protokoll. Das Protokoll ist von der Vorsitzenden oder dem Vorsitzenden des Fakultätsrates und der oder dem Beauftragten zu unterzeichnen.

(2) Erklärungen zum Protokoll bedürfen der Schriftform. Vor der Aufnahme in das Protokoll sind sie dem Fakultätsrat bekanntzugeben.

(3) Das Protokoll soll mit der Einladung zur nächsten Sitzung an die Mitglieder und deren Stellvertreterinnen und -vertreter des Fakultätsrates versandt werden.

(4) Das Protokoll ist vom Fakultätsrat zu genehmigen; in der Regel in der folgenden Sitzung.

(5) Einwendungen gegen das Protokoll sind nur mit der Begründung zulässig, dass der Verlauf und die Ergebnisse der Sitzung unrichtig oder unvollständig wiedergegeben sind.

(6) Ausnahmsweise kann das Protokoll auch im Wege des Umlaufverfahrens genehmigt werden, insbesondere beim Wechsel der Amtsperiode. Wird nicht binnen 14 Tage nach Zusendung von einem Mitglied des Fakultätsrats eine in Textform eingereichte Einwendung bei dem Dekan erhoben, gilt das Protokoll als genehmigt. Hierauf ist im Rahmen des Umlaufverfahrens hinzuweisen. Liegen Einwendungen vor, ist das Protokoll auf der nächsten Sitzung zu beraten und zu genehmigen.

§ 12 Vertraulichkeit

(1) Über Angelegenheiten aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung haben die Mitglieder des Fakultätsrates sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter Verschwiegenheit gegenüber Dritten zu wahren. Abstimmungsergebnisse können mitgeteilt werden, sofern sie nicht nach rechtlichen Bestimmungen vertraulich zu behandeln sind.

(2) Die Tagesordnung der Sitzungen ist grundsätzlich nicht vertraulich.

(3) Die Bestimmungen der Absätze (1) – (2) sind auch für nicht stimmberechtigte Mitglieder und Beraterinnen oder Berater bindend.

§ 13 Änderungen der Geschäftsordnung

Änderungen oder Ergänzungen der Geschäftsordnung bedürfen einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der stimmberechtigten Mitglieder des Fakultätsrats. Änderungen und Ergänzungen der Geschäftsordnung sind nur dann zulässig, wenn ein entsprechender Änderungsantrag in vollem Wortlaut den Mitgliedern des Fakultätsrats so rechtzeitig vorgelegen hat, dass die Änderungen und Ergänzungen als ordentlicher Tagesordnungspunkt in einer Tagesordnung, die den Mitgliedern des Fakultätsrats unter Wahrung der Ladungsfrist

zugegangen ist, behandelt werden können.

§ 14 Inkrafttreten der Geschäftsordnung

Diese Geschäftsordnung tritt am Tag nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung in Kraft.